

## TAGUNG

# Technologischer Wandel, gesamtwirtschaftliche Stabilität, Demographie und Integration – Herausforderungen für die Zukunftsfähigkeit Europas

Raphael Becker und Helge Braun\*

Ziel der durch die Ruhr Graduate School in Economics organisierten Konferenz war es, herausragende junge NachwuchswissenschaftlerInnen für gegenwärtige Themen und Herausforderungen Europas zu sensibilisieren und eigene Forschungsarbeiten vorzustellen und zu diskutieren. Aus mehr als 170 zu der Konferenz eingereichten Forschungsarbeiten wurden die besten 75 für eine Präsentation ausgewählt und TeilnehmerInnen aus insgesamt 11 Ländern eingeladen. *Wim Kösters* eröffnete die Konferenz mit einem Überblick über die aktuellen wirtschaftspolitischen Herausforderungen Europas und ging dabei näher auf die mit einem Brexit verbundenen Unsicherheiten ein.

### *Demografie und Alterung – langfristige Herausforderungen der Gesundheitspolitik*

Der erste Vortragsblock war der empirischen Analyse von Effekten wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf Demografie und Gesundheit im europäischen Kontext gewidmet. *Marc Fabel* analysierte den Einfluss der Dauer des Mutterschutzes auf die spätere Gesundheit von Kindern. Er konnte jedoch keine signifikante Verbesserung des objektiv messbaren, sondern sogar eine Verschlechterung des subjektiv empfundenen langfristigen Gesundheitszustands der Kinder feststellen. *Philipp Jäger* betrachtete den Einfluss der Ausgestaltung des Altersvorsorgesystems auf Fertilität mit Hilfe eines historischen Datensatzes für entwickelte Volkswirtschaften. Obwohl ein-

### **10th RGS Doctoral Conference in Economics** **„Rising to Europe’s Challenges: The Economic Perspective“**

Veranstaltet von der Ruhr Graduate School in Economics in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration e.V.

Gefördert durch die Europäische Union

1./2. März 2017, Dortmund

#### **Begrüßung**

Prof. Dr. Ludger LINNEMANN, TU Dortmund

Prof. Dr. Wim KÖSTERS, RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

#### **Gesundheitsökonomik**

*Moderation:* Jun.-Prof. Dr. Daniel AVDIC, Universität Duisburg-Essen

*Paper Givers:* Marc G. FABEL, Munich Graduate School of Economics, München; Philipp JÄGER, RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen; Ingo KOLODZIEJ, Ruhr-Universität Bochum, RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

#### **Arbeitsmärkte**

*Moderation:* Jun.-Prof. Dr. Roland WINKLER, TU Dortmund

*Paper Givers:* Aspasia BIZOPOULOU, University of Edinburgh; Francesco CARBONERO, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg; Swapnil SINGH, University of Amsterdam

\* Raphael Becker, Ruhr Graduate School in Economics, Essen, und Universität Duisburg-Essen.  
Helge Braun, Ruhr Graduate School in Economics, Essen, und RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen.

zelne Reformen in bestimmten Ländern erkennbaren Einfluss hatten, fand er keine Hinweise auf einen allgemeinen Zusammenhang zwischen spezifischen Formen der Altersvorsorge und der Fertilität. *Ingo Kolodziej* untersuchte den Zusammenhang zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen und deren Gesundheitszustand anhand europäischer Daten. Er beschreibt dabei einen negativen Effekt von Vollzeitarbeit, jedoch einen positiven von Teilzeitarbeit. Interessanterweise unterscheiden sich diese Effekte von denen, die ähnliche Studien für die USA beschreiben. Hier wurden z.B. positive Effekte auch bei Vollzeitarbeit gefunden.

#### *Herausforderungen auf den Arbeitsmärkten durch technologischen Wandel*

*Aspasia Bizopoulou* ging für mehrere europäische Länder der Frage nach, inwieweit Tätigkeitsanforderungen mit den Fähigkeiten einzelner ArbeitnehmerInnen übereinstimmen. Bis zu 25 Prozent der Arbeitsplätze sind laut dieser Studie ‚falsch‘ besetzt. Dies habe teils gravierende negative Lohneffekte, die auf entsprechend geringere Produktivität zurückgehen könnten. *Francesco Carbonero* diskutierte mögliche Gründe für den rückläufigen Anteil, den Arbeit am Einkommen in industrialisierten Ländern hat. Laut seiner Studie spielt dabei insbesondere für europäische Länder die Substitution des Faktors Arbeit durch Informationstechnologie eine bedeutende Rolle. *Swapnil Singh* untersuchte, in welchem Ausmaß sich Haushalte über private Ersparnisbildung gegen Schwankungen ihrer Arbeitseinkommen versichern. In einer empirischen Analyse zeigt sich, dass Ausweitungen öffentlicher Versicherungssysteme die private Ersparnis verdrängen. Es sei dennoch zu erwarten, dass die Ausweitung öffentlicher Versicherungssysteme wegen unzulänglicher privater Versicherungsmöglichkeiten die Wohlfahrt erhöhe. Ein theoretisches Modell zeigte jedoch, dass die Wohlfahrt fällt, wenn alleinstehende und verheiratete Personen unterschiedlich stark von der Ausweitung betroffen sind.

#### **Migration und Integration**

*Moderation:* Prof. Dr. Reinhold SCHNABEL, Universität Duisburg-Essen

*Paper Givers:* Sevak ALAVERDYAN, Bielefeld Graduate School of Economics and Management, Bielefeld; Dorothee IHLE, Universität Münster; Laura M. JANISCH, Ruhr-Universität Bochum, Ruhr Graduate School in Economics (RGS Econ), Essen

#### **Staatsverschuldung**

*Moderation:* Prof. Dr. Ludger LINNEMANN, TU Dortmund

*Paper Givers:* Dennis KAHLERT, Universität Passau; Dmitry KUVSHINOV, Universität Bonn; Mattia Osvaldo PICARELLI, University of Rome

#### **Kollektive Entscheidungsfindung**

*Moderation:* Jun.-Prof. Dr. Lars METZGER, TU Dortmund

*Paper Givers:* Marina CHUGUNOVA, Universität Hamburg; Anaïs DAHMANI, Toulouse School of Economics, Toulouse; Weijie LUO, University of York

#### **Keynote: The EU Bank – a Strong Partner for Growth, Convergence and Cohesion in Europe**

Dr. Werner HOYER, Präsident, Europäische Investitionsbank, Luxemburg

#### **Keynote: The Next Century of Prosperity: Escaping Secular Stagnation**

Dr. Eckart WINDHAGEN, McKinsey & Company, Frankfurt am Main

#### **Angewandte Ökonometrie**

*Moderation:* Prof. Dr. Christoph HANCK, Universität Duisburg-Essen

*Paper Givers:* Kerri AGNEW, Trinity College Dublin; Gabriele CIMINELLI, University of Amsterdam; Christoph WEBER, Universität Erlangen-Nürnberg

#### **Geldpolitik und Erwartungen**

*Moderation:* Jun.-Prof. Dr. Roland WINKLER, TU Dortmund

*Paper Givers:* Uros DURIC, TU Darmstadt; Angela FUEST, Ruhr-Universität Bochum, RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen; Benedikt KOLB, European University Institute, Florenz

### *Migration – Einflussfaktoren für eine erfolgreiche Integration*

*Sevak Alaverdyan* untersuchte die Bedeutung persönlicher Kontakte für die Arbeitssuche. Für Arbeitssuchende mit Migrationshintergrund spielten Kontakte eine größere Rolle als für Arbeitssuchende ohne einen solchen Hintergrund. Das entwickelte Modell erklärt den Unterschied dadurch, dass Arbeitssuchende mit Migrationshintergrund aufgrund geringerer Einstellungschancen auf zusätzliche Kanäle zur Arbeitssuche angewiesen sind. *Dorothee Ihle* analysierte Ursachen für den Anstieg der Zahl von Wohnungs- und HauseigentümerInnen unter Haushalten mit Migrationshintergrund. Während für die späten 1990er Jahre Veränderungen der Alters- und Bildungsstruktur einen Großteil des Anstiegs erklärten, sei in jüngerer Zeit eine Verbesserung des wirtschaftlichen Umfeldes der wichtigste Erklärungsfaktor. *Laura M. Janisch* untersuchte anhand eines umfassenden Sozialversicherungsdatensatzes die langfristigen Auswirkungen der Zwangsumsiedlung im Nachkriegsdeutschland auf die Gesundheit über den Lebenszyklus der Betroffenen. Die Zwangsmigration übe dabei einen signifikant negativen Effekt auf die Lebenserwartung der Betroffenen aus, statistisch reduziere sich Letztere um ein halbes Jahr.

### *Langfristige Auswirkungen der Staatsschuldenkrise*

*Dennis Kahlert* zeigte mittels Daten zu europäischen Staatsanleihen, inwieweit neben einer Kreditrisikoprämie auch eine Liquiditätsrisikoprämie die Renditen unterschiedlicher Staatsanleihen beeinflusst. Für den Zeitraum zwischen 2008 und 2015 war z.B. die Schwankung der Liquidität im Anleihemarkt der Krisenländer größer als die in den Kernländern. Dies hatte entsprechend höhere Liquiditätsrisikoprämien zur Folge. *Dmitry Kuvshinov* analysierte ökonomisch die volkswirtschaftlichen Kosten einer Staatsinsolvenz. Diese belaufen sich nach seiner Schätzung für mehrere Jahre auf jeweils 2

#### **Öffentliche Finanzen**

*Moderation:* Prof. Dr. Tobias SEIDEL, Universität Duisburg-Essen

*Paper Givers:* Richard JAIMES, Tilburg University, Tilburg; Simon NAITRAM, University of Glasgow; Christian WITTROCK, Ruhr-Universität Bochum, RGS Econ, Essen

#### **Regionale Variation und Migration**

*Moderation:* Helge BRAUN, Ph.D., RGS Econ, Essen und RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

*Paper Givers:* Marcel HENKEL, Universität Duisburg-Essen; Till NIKOLKA, ifo Institut, München; Michal PAULUS, Charles University, Prag

#### **Keynote: The Future of the Euro**

Prof. Paul De GRAUWE, London School of Economics, London

#### **Schlussworte**

Prof. Dr. Christoph M. SCHMIDT, RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen und Ruhr-Universität Bochum

bis 4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Wird durch den Zahlungsausfall eine Bankenkrise ausgelöst, könnten diese Kosten auf das Dreifache steigen. *Mattia Picarelli* verglich modelltheoretisch verschiedene Möglichkeiten des Umgangs mit einer Überschuldung, bei der der betroffene Staat durch permanent zu hohe Schulden an der Durchführung von strukturellen Reformen gehindert wird. Erste Ergebnisse deuten darauf hin, dass eine Strategie an Investitionen geknüpfter Kreditvergabe der ursprünglichen Gläubiger einem Schuldenschnitt oder einer Laufzeitverlängerung bestehender Kredite vorzuziehen ist.

### *Kollektive Entscheidungsfindung – zieht Europa an einem Strang?*

*Marina Chugunova* betrachtete experimentell eine Situation, in der Akteure wiederholt die Zugehörigkeit zu zwei unterschiedlichen, koexistierenden Regelungsregimen für die Bereitstellung von öffentlichen Gütern wählen

können. Ein Regime belohnte positive Beiträge der einzelnen Akteure, das andere Regime bestrafte fehlende Beiträge. Zu Beginn wählte die Mehrzahl der Akteure das an sich effizientere Belohnungsregime, wie auch bei vergangenen, statischen Studien beobachtet. In der Arbeit von Chugunova zeigte sich jedoch über die Zeit ein Zuwachs des Sanktionsregimes. Dies deutet auf die Instabilität des Belohnungsregimes hin. *Anaïs Dahmani* analysierte mit Hilfe eines Modells den Einfluss sozialer Medien auf das Verhalten von Oppositionellen während des Arabischen Frühlings. Heterogene Gruppen hätten stärker und erfolgreicher auf Informationstechnologien zurückgegriffen als homogene. Gleichzeitig würden sie stärker durch regierungstreue Propaganda beeinflusst. *Weijie Luo* untersuchte in einem politökonomischen Modell den Einfluss des demografischen Wandels auf die Ausgestaltung von Steuersystemen. Das Modell prognostiziert, dass ein steigender Anteil an Pensionären zu einer Senkung des Einkommensteuersatzes führt, während die Konsumsteuern ansteigen. Ein empirischer Test bestätigte diesen Zusammenhang.

*Keynote Dr. Werner Hoyer: Förderung der Kohäsion in Europa*

Eine seit Langem bestehende, aber aktuell besonders drängende Herausforderung für die europäische Integration ist die Gefahr divergenter wirtschaftlicher Entwicklungen in den Mitgliedstaaten. *Werner Hoyer* beschrieb in seinem Vortrag die Aufgaben der Europäischen Investitionsbank (EIB) und insbesondere ihre Rolle in der Kohäsionspolitik. Unvollkommenheiten auf den Kreditmärkten könnten dazu führen, dass wirtschaftlich sinnvolle Investitionsprojekte nicht oder nicht in ausreichendem Maße finanziert werden. Diese Unvollkommenheiten könnten je nach institutionellem Umfeld und spezifischen Gegebenheiten regional unterschiedlich stark ausfallen und somit zu einer divergenten wirtschaftlichen Entwicklung führen bzw. eine solche verfestigen. Hoyer argumentierte, dass die EIB durch ihre Expertise im „scree-

ning“ und „monitoring“ von Investitionsprojekten erfolgreich dazu beitrage, die Auswirkungen dieser Marktunvollkommenheiten abzumildern.

*Keynote Dr. Eckart Windhagen: starke Wachstumspotentiale durch Technologisierung*

Thema des Vortrags von *Eckart Windhagen* waren die Sicherung und der Erhalt des Wohlstandes in Europa für künftige Generationen. Zunächst zeichnete er die Entwicklung der Europäischen Union nach und strich dabei sowohl deren Erfolge, z.B. bei der Umsetzung der Energiewende, als auch die weiterbestehende Heterogenität der Mitgliedsländer heraus, wie bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen. Darauf aufbauend diskutierte er Ansätze zur Bewältigung aktueller Herausforderungen, wie der des demografischen Wandels sowie der Entwicklung öffentlicher und privater Schulden, und betonte das durch zunehmende Technologisierung entstehende Wachstumspotential. Hierzu stellte er eine Studie vor, die in Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und dem Vereinigten Königreich 54 Millionen Vollzeitbeschäftigte für betroffen hält. Um Arbeitsmarktproblemen bei der Ausschöpfung dieses Wachstumspotentials vorzubeugen, seien Bildungs- und Trainingsprogramme notwendig. Ebenso sollten Maßnahmen erwogen werden, die kleinere Unternehmen bei der Realisierung des Automatisierungspotenzials unterstützen.

*Wirtschaftliche Entwicklungen im Zuge der Immobilien- und Finanzkrisen*

*Kerri Agnew* analysierte den regionalen Effekt von Beschäftigungszuwächsen auf Immobilienpreise in Irland. Dieser sei positiv, sodass Veränderungen der Beschäftigung einen erheblichen Anteil des Zuwachses an Immobilienvermögen in Irland für den Zeitraum 2009 bis 2013 erklären könnten. *Gabriele Ciminelli* untersuchte empirisch die Auswirkungen von haushaltskonsolidierenden Steuererhöhungen auf Einkommensungleichheiten. Tendenziell werde Einkommensungleichheit durch Steu-

erhöhungen verringert, insbesondere dann, wenn indirekte Steuern erhöht werden. Letztere wirkten vermutlich über eine Veränderung des Arbeitsangebotes der Haushalte – z.B. in Form einer Veränderung der Erwerbsbeteiligung – auf die Verteilung der Markteinkommen. *Christoph Weber* analysierte die Folgen von Finanzkrisen auf inflationäre Tendenzen. Bisherige Studien hätten vorrangig die Effekte von Bankenkrisen auf das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes untersucht. Er zeigte dagegen, dass Bankenkrisen mittelfristig auch zu einer höheren Inflation führen können.

#### *Konsum, Geldpolitik und Inflation in unsicheren Zeiten*

*Uros Duric* untersuchte in seiner Studie mittels Umfragedaten den Einfluss unkonventioneller Geldmengenerhöhungen (z.B. sogenannte Helikopterpolitik) auf den privaten Konsum und die Erwartungsbildung der Konsumenten. Die Ergebnisse der Studie deuten darauf hin, dass eine Erhöhung der Geldmenge zwar zu mehr Konsum führt, aber nicht dazu, dass die Konsumenten in Folge der heutigen Geldmengenerhöhung höhere Inflation in der Zukunft erwarten. Zudem konnte keine starke Korrelation zwischen individuellen Änderungen des Ausgabeverhaltens und individuellen Änderungen der Inflationserwartungen gefunden werden. *Angela Fuest* befasste sich empirisch mit dem Zusammenhang zwischen tatsächlicher und erwarteter Inflation sowie der Höhe der Unsicherheit über die zukünftige Inflationsrate. Es zeigt sich, dass ein Anstieg in dieser Unsicherheit positiv mit der Höhe der erwarteten und tatsächlichen Inflation korreliert ist. *Benedikt Kolb* beschäftigte sich mit der Auswirkung geldpolitischer Schocks auf makroökonomische Variablen wie Inflation und gesamtwirtschaftliche Produktion. Häufig werde in bestehenden Studien der Effekt einer unvorhergesehenen Änderung der Geldpolitik mit einer nicht erwarteten Ankündigung eines solchen Schrittes vermischt. Laut Kolbs Studie haben aber insbesondere unerwartete Ankün-

digungen zukünftiger Änderungen Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Produktion.

#### *Kommunale Haushaltspolitik – wie Konsolidierung funktionieren kann*

*Richard Jaimes* analysierte, wie Kommunen in Kolumbien Haushaltsdefizite ausgleichen. Dies gelinge vorrangig über innerstaatliche Transfers und nur bei größeren Städten auch über die Anpassung eigener Einnahmequellen. *Simon Naitram* untersuchte modellbasiert und empirisch, wie Staaten im Wettbewerb die Körperschaftssteuer festsetzen, um Realinvestitionen anzulocken und von Gewinnverschiebungen zu profitieren. Staaten reagierten dabei auf die zunehmenden Möglichkeiten der Gewinnverschiebung mit einer Absenkung der Körperschaftssteuer. Die strategische Interaktion in Bezug auf Realinvestitionen sei dagegen deutlich geringer. *Christian Wittrock* analysierte den Zusammenhang zwischen politischer Lagerzugehörigkeit der kommunalen Verwaltung und den Ausgaben für öffentliche Güter auf lokaler Ebene. Die gefundenen Effekte seien moderat und zeigen, dass linke Entscheidungsträger mehr Mittel bereitstellen und anders auf exogene Änderungen der Einnahmen reagieren als rechte.

#### *Regionale Unterschiede und Migration*

*Marcel Henkel* berechnete modellbasiert die Wohlfahrts- und Migrationseffekte der europäischen Integration auf regionaler Ebene. Seine Simulationen zeigen, dass eine Wiedereinführung der Handelsbarrieren, wie sie 1957 bestanden, zu Wohlfahrtsverlusten von 1 bis 2 Prozentpunkten führen würde, in abgelegenen Regionen sogar von bis zu 4 Prozentpunkten. Zudem sei eine Binnenmigration von 8 Millionen Menschen in die Ballungszentren Europas zu erwarten. Eine Modellrechnung für den Brexit quantifiziert für das Vereinigte Königreich einen Wohlfahrtsverlust von 0,44 Prozentpunkten und eine Abwanderung von 500.000 Menschen. *Till Nikola* analysierte die Rolle von familiären Bin-

dungen bei Entscheidungen über einen Rückzug in das Heimatland. Angewendet auf Daten aus Dänemark zeigt sich, dass die anstehende Einschulung von Kindern ein zentraler Grund für eine Rückkehr in das Heimatland ist. Ist das Herkunftsland kein westliches, spielten auch kulturelle Gründe eine Rolle. Ebenso beeinflusst die Höhe des Einkommens des Hauptverdieners eine Heimkehr. Verdienen beide Partner oder sind Kinder in der Familie, sinke die Wahrscheinlichkeit zurückzuwandern. *Michal Paulus* nutzte ein Modell, das üblicherweise zur Untersuchung von Handelsströmen herangezogen wird, um regionale Unterschiede in den Präferenzen bezüglich eines EU-weiten Antikorruptionsgesetzes zu schätzen. Dabei zeigten sich signifikante regionale Unterschiede bei der Unterstützung eines solchen Vorstoßes.

*Keynote Paul De Grauwe: Die Eurozone braucht einen „lender of last resort“*

*Paul De Grauwe* skizzierte den zeitlichen Ablauf der Eurokrise, thematisierte deren Ursachen sowie Auswirkungen und diskutierte mögliche Reformen der Wirtschafts- und Währungsunion. Aus seiner Sicht führten im Zuge der Krise das Fehlen eines fiskalischen Stimulus im Allgemeinen sowie eine zu starke Austeritätspolitik in den Ländern der Peripherie zu einer Verfestigung der Krise und zu einer Stagnation, die über Jahre anhalten sollte. Bei Zinssätzen von 0 Prozent sollten Länder wie Deutschland ihre Ausgaben erhöhen, um diese Stagnation kurzfristig zu überwinden, da sie zum einen günstig Geld leihen und zum anderen profitable Projekte umset-

zen könnten. Neben einer zu engen Verflechtung von Staaten und Banken hält De Grauwe das Fehlen eines „lender of last resort“ für einen der zentralen Konstruktionsfehler der Währungsunion, was zu einem sehr fragilen Markt für Staatsanleihen und zu einer teils durch die Erwartungen seitens Marktteilnehmer verstärkten Krise führte. Deshalb warb er dafür, dass die Europäische Zentralbank die Funktion eines „lender of last resort“ übernimmt. Die damit verbundenen Inflationsrisiken während einer Krise schätzt er als gering ein. Einem Fehlverhalten einzelner Staaten sei durch Regelungen, die zu hohe Schuldenlasten verhindern, ähnlich wie im Bankensektor entgegenzuwirken. Eine Bedrohung der Markteffizienz durch verzerrte Risikoaufschläge sei in Zeiten von durch Panik getriebenen Zinssätzen gering. Darüber hinaus sieht er zur Sicherung der Währungsunion die Notwendigkeit einer Schuldenunion. Dazu müsse zunächst eine Konsolidierung der nationalen Schulden erfolgen.

Zusammenfassend wurden auf der Konferenz die zentralen wirtschaftlichen Herausforderungen diskutiert, denen sich Europa in der langen Frist gegenübersteht. So wurden die Bedeutung der Gesundheitspolitik vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft beleuchtet ebenso wie die notwendige Ausrichtung des Arbeitsmarktes auf technologische Neuerungen und internationale Migration. Ein weiteres Augenmerk lag auf den notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Eurozone gegenüber künftigen Finanz- und Staatsschuldenkrisen.